

Offenburg zwischen Demokratie und Diktatur

Die städtische Geschichte von der Weimarer Republik bis zum Ende des „Dritten Reiches“

Der folgende Beitrag beruht auf den Ergebnissen einer Studie, die eine Forschergruppe der „Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ des Instituts für Geschichte an der Universität Karlsruhe unter dem Titel „Offenburg 1919–1949. Zwischen Demokratie und Diktatur“ erstellt hat und die im Frühjahr 2004 im Universitätsverlag Konstanz veröffentlicht worden ist.¹

Offenburg ist eine prosperierende Mittelstadt im Südwesten Deutschlands mit einem reichen kulturellen Leben und einem begründeten Stolz auf seine Tradition. Es mag daher auf den ersten Blick erstaunen, daß ein historisch Interessierter, wenn er sich mit der städtischen Geschichte in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ beschäftigen möchte, bis heute nur selten auf einschlägige Lektüremöglichkeiten stößt. Auf den zweiten Blick ist die für diese Periode fehlende Stadtgeschichte freilich erklärlich. Die Jahre zwischen den Revolutionswirren nach dem Ersten Weltkrieg und dem Kriegsende 1945 waren gekennzeichnet von Besetzung, Inflation, politischer Unruhe und materiellen Entbehrungen, kulminierend in einem Terrorregime, dem Zweiten Weltkrieg und einer weiteren Besetzung. Unter diesem Aspekt war es nicht verwunderlich, daß viele Offenburger in der Nachkriegszeit nur ungern an diese Jahre zurückdenken mochten, die für viele von ihnen wohl in erster Linie mit mannigfachen Schrecken verbunden waren. Dies hat dazu beigetragen, daß es – sieht man einmal von den in einzelnen Familien weitergegebenen Erinnerungen ab – so gut wie keine Ge-

sichtswerke gab, auf die der historisch Interessierte zurückgreifen könnte: Verglichen mit dem, was man etwa über die glorreiche Offenburger 1848er-Revolution weiß, gleichen die Jahre zwischen 1919 und 1945 einem schwarzen Loch. Erschwerend kommt hinzu, daß nicht zuletzt durch den Krieg eine Vielzahl von Akten, Dokumenten und Zeugnissen jener Jahre verlorengegangen sind. Das Stadtarchiv Offenburg als „Gedächtnis“ der Stadt hat in seinen Beständen jener Zeit empfindliche Lücken aufzuweisen, was bislang die Historiker davon abgehalten hat, das Wagnis einer umfassenden Gesamtschau jener Jahre zu versuchen.

Offenburg, im Jahr 1925 eine Stadt mit knapp 17 000 Einwohnern, war überwiegend katholisch. Die katholische Dreiviertelmehrheit ging bis in die dreißiger Jahre nur unwesentlich auf knapp unter 70 Prozent zurück. Der protestantische Bevölkerungsanteil schwankte zwischen 22 und 23 Prozent. Damit war Offenburg im ohnehin überwiegend katholischen Baden eine Hochburg des politischen Katholizismus mit einer starken Stellung des Zentrums, das bis 1930 die stärkste politische Kraft blieb, während die Sozialdemokratie im Vergleich zum Reichsdurchschnitt stets unterrepräsentiert war. Traditionell stark waren dagegen die liberalen Parteien, deren Stärke allerdings in den frühen dreißiger Jahren parallel zum Aufstieg der NSDAP dramatisch abnahm. Der Blick auf die Wirtschaft, auf die kulturellen Entwicklungen und Erfolge in den Jahren der Weimarer Republik, schließlich auf das religiöse Leben in der stark katholisch geprägten Stadt, gibt

zahlreiche Hinweise auf die Chancen und Möglichkeiten friedlicher Existenz und Prosperität. Insofern stellt die Stadtgeschichte Offenburgs gleichsam einen Mikrokosmos dar, in dem sich auf lokaler Ebene nicht zuletzt das vollzog, was auf der Reichs- und der Weltbühne gespielt wurde.

Vielfältige Nachkriegsprobleme erschweren einen Neuanfang nach den Revolutionswirren: die Flüchtlingswelle der aus dem ehemaligen Reichsland Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen, Versorgungsschwierigkeiten und Hunger, schließlich die französische Besetzung Offenburgs 1924 und eine bis dahin nicht gekannte Hyperinflation prägten die Anfangsphase der Weimarer Republik, in der die Unruhen im Zusammenhang mit dem Rathenau-Mord einen vorläufigen Höhepunkt darstellten². Die Wirtschaftsentwicklung der Stadt wurde nach dem Kriege wesentlich von der Grenznähe zu Frankreich bestimmt. Immerhin konnten die kriegsbedingten Nachteile durch das breitgefächerte klein- und mittelständische Gewerbe, den überproportional vertretenen krisensicheren tertiären Sektor und erfolgreiche Großunternehmen der Reklame- und Textilindustrie etwas aus-

geglichen werden. Hemmend für einen wirtschaftlichen Aufschwung wirkten sich jedoch die vielen Flüchtlinge und der große Mangel an Wohnungsraum aus. Nach der Marktisolation der Stadt durch die französische Besetzung 1923 konnte sich nur ein partieller Aufschwung einstellen. In der Ära der scheinbaren Stabilisierung nach dem Ende der Inflationszeit und dem Ende der französischen Besetzung im Sommer 1924 kam es zu einer nur relativen politisch-ökonomischen Belebung. Angesichts fehlender industrieller Führungsbranchen – wie etwa der Chemie, Automobil und Elektrotechnik – blieb die Stadt ökonomisch im Hintertreffen. Alles in allem waren die angeblich „Goldenen Zwanziger“ in Offenburg wenig „glänzend“. Immerhin stürzte die Stadt 1929 mit ihrer bodenständigen Wirtschaftspolitik und der guten Infrastruktur nicht in eine bodenlose wirtschaftliche Katastrophe.³

Einen Lichtblick bot die städtische Kulturpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. In den ersten Jahren nach dem Krieg zeigte sich das ausgeprägte Bedürfnis nach Bildung, geistiger Belebung und Unterhaltung an dem großen Zuspruch, mit dem die Angebote



Blick auf die Hauptstraße in südlicher Richtung, rechts das Rathaus

angenommen wurden. Volkshochschule, Volksbücherei, das städtische Lesezimmer, die Musikschule und das Stadttheater boten Zerstreuung, während Offenburger Künstler wie Tell Geck, Gretel Haas-Gerber und Hermann Sprauer weit über die städtischen Grenzen hinweg ihre Wirkung entfalteten.⁴ Insgesamt jedoch wurde der Aufbau einer kontinuierlichen, breitere Bevölkerungsschichten ansprechenden Kulturarbeit in den wechselvollen Weimarer Jahren durch Inflation, Besatzung und Weltwirtschaftskrise erheblich erschwert und blieb in manchen Bereichen höchst unzulänglich und ohne wirkliche Perspektive. Auf dem Gebiet der bildenden Kunst schließlich wurden vielversprechende Entwicklungen und Initiativen durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten unterbrochen, zum Teil auch unwiederbringlich zerstört.

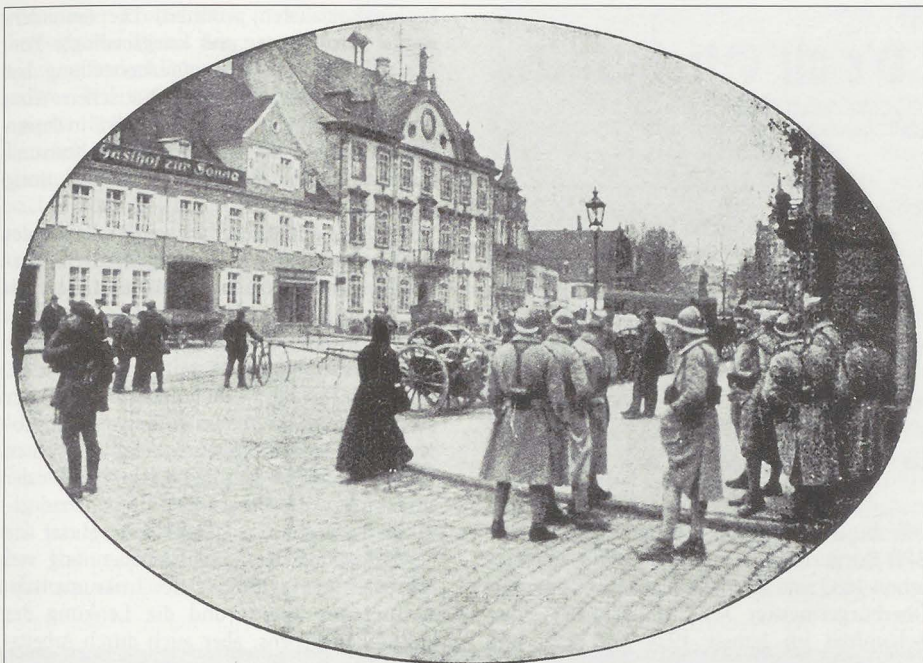
Dem reichsweiten Aufstieg der NSDAP in der Krisenzeit der Republik entsprach der Siegeszug der Nationalsozialisten an der Kinzig. Mit der notwendigen Vorsicht, die bei wahlstatistischen Untersuchungen angebracht ist, läßt sich aus den Wahlanalysen der Schluß ziehen, daß der „typische Offenburger NSDAP-

Wähler“ in der Zeit des Untergangs von Weimar zur Mittelschicht gehörte und „ehemals Wähler der DDP oder auch des Zentrums“ gewesen war.⁵

Zweifellos haben die Grenzlandnot und die damit verbundenen Probleme zum Aufstieg der „Bewegung“ beigetragen, die allerdings noch bis 1928 weitgehend bedeutungslos war. Auch mit Blick auf die Polizei und die Justiz in Offenburg stellte die „Machtergreifung“ einen fundamentalen Bruch mit den tradierten Kulturwerten in der Staatsverwaltung dar, der die Pervertierung der Macht, Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten erst möglich machte. Dabei wird zum einen die erst allmählich, in den 1920er Jahren sich entwickelnde Professionalisierung der Polizei und zum andern die aus dem 19. Jahrhundert überkommene liberale Prägung der hochprofessionellen Justizorgane deutlich. Die meisten Staatsdiener überstanden gleichwohl diese Zäsur und paßten sich aus unterschiedlichsten Gründen an. Einige aber verweigerten sich im Rahmen des ihnen Möglichen den Zumutungen der Machthaber. Aus ihrem Kreis rekrutierten sich schließlich auch diejenigen, die der neuen Demokratie nach 1945 zur Verfügung standen und mit ihren



Der zerstörte Offenburger Bahnhof



Der Offenburger Marktplatz nach dem Einmarsch der Franzosen am 4. Februar 1923

Der Offenburger Marktplatz vor dem Rathaus nach dem Einmarsch der französischen Truppen am 4. 2. 1923

altliberalen Grundüberzeugungen in einer Zeit der Umbrüche einen Faktor der Kontinuität darstellten.⁶

Das Scheitern der Demokratie vollzog sich in der badischen Mittelstadt nicht wesentlich anders als in anderen Gemeinden des Deutschen Reiches. „Machtergreifung“ und „Gleichschaltung“ erfolgten vor dem Hintergrund der Erosion jener demokratischen Traditionen, die für Offenburg seit 1848 eine so große Rolle gespielt hatten und auch in den zwanziger Jahren beschworen worden waren.⁷

Die Zäsur des Jahres 1933 war auch in Offenburg unverkennbar. Die Ernennung Adolfs Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar erfolgte, gerade nach der reichsweiten Wahlschlappe der NSDAP bei den Reichstagswahlen im November 1932, auch für die Offenburger „ganz unerwartet.“⁸ Man weiß heute, von wie vielen Unwägbarkeiten und Zufällen diese

Inthronisierung durch den greisen Reichspräsidenten Hindenburg und seine Entourage geprägt war.⁹ Wie in Berlin kam es auch in Offenburg am Abend zu einem Fackelzug, der allerdings nicht sehr imposant ausfiel. Das sozialdemokratische Traditionsblatt „D'r alt Offenburger“ meldete nur etwa 250 Anhänger des „Führers“, die dem Aufruf zum Umzug gefolgt waren, den das Blatt als „Hitlerkomödie“ bezeichnete.¹⁰ Allerdings zeugte die Geringschätzung der Zeitung von der Unterschätzung der „Hitler-Bewegung“. Die NSDAP befand sich schließlich mit ihren unspezifischen Versprechungen für ein Ende der Not und mit ihren Attacken gegen den Versailler Vertrag auf einem Kurs, der ihr bisweilen sogar überparteilich Zustimmung sicherte. „Machtergreifung“ und Gleichschaltungspolitik auf Reichsebene können daher als Vergleichsmöglichkeit dienen, um die Vorgänge in



Die letzte Ausgabe von Adolf Gecks „D'r alt Offenburger.“

Offenburg beurteilen zu können. Nachdem der SPD-Bürgermeister Walter Blumenstock schon 1933 und der dem Zentrum zugehörige Oberbürgermeister Josef Holler nach einer Schamfrist im Januar 1934 aus dem Amt gedrängt worden war, beherrschten der neue NS-Oberbürgermeister Wolfram Rombach und sein Rivale, der mit ihm nicht verwandte NS-Kreisleiter Karl Rombach, die politische Szene der Stadt.

Die Jahre unter dem Hakenkreuz waren vor dem Hintergrund eines totalitären Systems gleichermaßen durch „Verführung und Gewalt“ (Hans-Ulrich Thamer) gekennzeichnet. Zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ war die wirtschaftliche Lage stark angespannt. Von der Konjunkturbelebung seit 1932/33 war nicht zuletzt aufgrund der „Grenzlandlage“ zunächst kaum etwas zu spüren, zumal die vielen exportabhängigen Betriebe der Stadt unter den Auswirkungen der Autarkiepolitik litten. Erst die Remilitarisierung der Stadt und die Forcierung der Aufrüstung im Zuge des 2. Vierjahresplanes führten in der Stadt seit 1936/37 zu einem sichtbaren wirtschaftlichen Aufschwung.¹¹ Wie andernorts auch waren die mittelständisch geprägten Unternehmer zum Teil in die Aneignung jüdischen Eigentums und die Arisierungen involviert und haben im Krieg in unterschiedlichem Maße von dem wohl als notwendiges Übel erachteten, verbrecherischen Zwangsarbeiterprogramm der

Nationalsozialisten profitiert. Die besonders starke aufrüstungs- und kriegsbedingte Förderung der Produktionsgüterherstellung hat schließlich innerhalb der städtischen Wirtschaft einen Strukturwandel forciert, in dessen Folge die bis dahin vorherrschende Konsumindustrie dauerhaft an relativer Bedeutung eingebüßt hat.

Auf das Alltagsleben hatte der Erfolg des Nationalsozialismus mannigfache Auswirkungen und zeigte den totalitären Anspruch des Regimes, der nicht nur die städtischen Einrichtungen erfaßte, sondern elementar bis in die Privatsphäre der Familien hinein wirkte. Denn nach der „Gleichschaltung“ aller politischen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen sowie aller privaten Vereine, gelang es dem Regime, breite Teile der Offenburger Bevölkerung für sich zu gewinnen: Durch propagandistische Mittel wie Feiern, Aufmärsche und Umbenennung von Straßennamen, durch die Instrumentalisierung des Sports und die Lenkung des kulturellen Lebens, aber auch durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Verbesserung der lokalen Infrastruktur.¹²

Das religiöse Leben in Offenburg erfuhr unter den totalitären Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur eine auch von den Zeitgenossen deutlich empfundene Zäsur.¹³ Die kleine jüdische Gemeinde der Stadt, die seit der „Machtergreifung“ nicht mehr über ihre Religionszugehörigkeit, sondern über einen abstrusen Blutsbegriff definiert wurde, war von Anfang an ein Hauptziel nationalsozialistischer Aggression. Die sukzessive verschärften Ausgrenzungs- und Entrechtungsmaßnahmen, die in dem Pogrom vom November 1938 einen vorläufigen Höhepunkt erreichten, endeten schließlich auch für die meisten der bis dahin nicht geflohenen jüdischen Offenburger mit Deportation und Tod, was einer „Offenburger Endlösung der Judenfrage“ (Otto Kähni) gleichkam.

Die beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften der Stadt gingen derweil, wie im gesamten Reich, ihren umstrittenen Weg zwischen politischer Annäherung oder Apathie und weltanschaulicher Resistenz. Die evangelische Gemeinde war dabei politisch und theologisch zersplittert. Während sich viele

Offenburger Protestanten in kirchlicher und theologischer Praxis den neuen Machthabern zeitweise bedenklich annäherten, pochte ein anderer Teil auf organisatorische und ideologische Selbstbehauptung. Diese Spaltung, die schon in der Gegensätzlichkeit der beiden evangelischen Stadtpfarrer angelegt war, machte es der protestantischen Kirche vor Ort besonders schwer, zu einer einheitlichen Abwehrhaltung gegen den totalen weltanschaulichen Anspruch des Nationalsozialismus zu finden.

Der katholischen Kirche gelang es aufgrund ihrer vergleichsweise größeren Geschlossenheit und nicht zuletzt auf der Basis des vom Reichskonkordat garantierten Schutzes besser, den sich sukzessive verengenden Spielraum zur Bewahrung der überlieferten Glaubens- und Sittenlehre auszunutzen und sich von weltanschaulicher Infiltration durch den Nationalsozialismus weitgehend freizuhalten, wie die – allerdings zögerlich ein-

setzenden – Bemühungen der Freiburger Erzdiozese und auch der seelsorgerische und erzieherische Einsatz der katholischen Offenburger Geistlichen zeigen. Freilich war beiden christlichen Kirchen gemeinsam, daß sie ihr – mehr oder minder starkes – Festhalten an der jeweiligen Glaubenslehre und damit ihre weltanschauliche Resistenz nicht als politischen Widerstand oder gar als Aufkündigung der staatsbürgerlichen Loyalität verstanden bzw. praktizierten.

Nicht wenige auf den ersten Blick harmlos erscheinende Offenburger Maßnahmen erwiesen sich rückblickend als kriegsvorbereitend; weitere wie die Wiedererrichtung der Garnison und der Ausbau der Kasernen dienten ganz offenkundig militärischen Absichten. Der Kriegsbeginn 1939 akzentuierte die Querelen zwischen der örtlichen Kreisleitung und dem Rathaus. Kreisleiter Rombach saß zumeist am längeren Hebel und konnte diejenigen wie Oberbürgermeister



Nächtlicher Propaganda-Aufmarsch vor dem Bezirksamt Offenburg (1933/34), heute: Polizeidirektion



Aufzug der NSDAP zum Boykott jüdischer Firmen. Posten vor der Kanzlei von Rechtsanwalt Max Hecht

Rombach, die noch zaghaft versuchten, das städtische Interesse mitzubedenken, immer stärker an den Rand drängen.

Die früh einsetzende Militarisierung der Gesellschaft erleichterte nach Kriegsbeginn die Umstellung auf die Kriegswirtschaft und stimulierte die Leistungsbereitschaft der „Heimatfront“ für den „Endsieg“. Während die Stadt trotz ihrer Nähe zur französischen Grenze bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zunächst von Kriegseinwirkungen verschont blieb, erlebte sie ab 1944 massive Luftangriffe. Die durch Lebensmittelrationierung, Energieknappheit, Arbeitskräftemangel und eine eklatante Wohnungsnot gekennzeichnete Lage der Bevölkerung verschlechterte sich gegen Ende des Krieges massiv. Den Evakuierungen stand die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen gegenüber. Der Einmarsch der französischen Armee in Offenburg am 15. April 1945 beendete den Krieg, aber nicht die materielle Not der Bevölkerung.

Der Nachkriegsalltag in Offenburg war zunächst überschattet von Requirierungen, Wohnungsbeschlagnahme, Demontage, auch Vergewaltigungen, die hier wie allgemein in

den Ländern der französischen Besatzungszone das Bild von der „düsteren Franzosenzeit“ geprägt haben.¹⁴ Die noch länger schlechte Versorgungslage wurde verschärft durch die Einrichtung eines Durchgangslagers für sämtliche heimkehrenden Evakuierten Südbadens, die prekäre Wohnsituation durch die Aufnahme von Flüchtlingen. Als Manko wurde auch der im Vergleich zum amerikanisch besetzten Nordbaden verspätete politische Neubeginn empfunden. Manche französische Bemühungen um eine Kultur- und Bildungspolitik wurden daher nur unter negativem Vorzeichen wahrgenommen. Dabei hatte Offenburg gerade das sowohl der Reéducation als auch der politischen Bereinigung vom Nationalsozialismus dienende Projekt der Seminare auf dem „Höllhof“ als Besonderheit und nahezu einmaliges Experiment vorzuweisen.

Überblickt man die Geschichte der Stadt Offenburg in dem Zeitraum des hier behandelten Vierteljahrhunderts, so mag man ins Nachdenken kommen, ob diese letztendlich doch düstere Periode, die für die Menschen der Stadt mannigfache Schicksalsschläge bereit hielt, vereinzelte euphorische Momente schuf und dann wieder zur Schreckenszeit wurde, als eine stadtgeschichtliche Einheit gesehen werden kann. Für kollektive Verurteilungen oder kollektive Belobigungen läßt die Stadtgeschichte dieser Jahre kaum Platz; vielmehr bestätigt sich auch hier das Diktum von Thomas Nipperdey, daß nämlich die Grundfarben der Geschichte „nicht Schwarz und Weiß“ sind: „die Grundfarbe der Geschichte ist grau, in unendlichen Schattierungen.“¹⁵

Die Zeitumstände ließen der ehemaligen „Freien Reichsstadt“, deren Bürger so stolz auf ihre demokratischen Traditionen gepocht hatten, kaum Chancen auf einen individuellen Weg. Der Südwesten Deutschlands als die vielbeschworene „Wiege der deutschen Demokratie“ hatte die Entwicklung nicht aufhalten können. So wie sich schon der einzelne im „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm) nur im Ausnahmefall gegen die politischen Tendenzen der Zeit wehren konnte, blieb einer Stadt und ihren Menschen keine Möglichkeit, sich dem politischen Strudel zu entziehen. Demgegenüber ist es durchaus bemerkens-

wert, in welcher Weise sich das demokratische Klima in der Stadt zumindest noch bis 1933 halten konnte. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter den demokratischen Parteien, von der Sozialdemokratie über die Liberalen bis zum katholischen Zentrum, bot daher selbst in der krisenhaften Weimarer Zeit eine solide Basis, um die Geschicke der Stadt im besten Sinn für alle Bürger zu bestimmen. Jenseits aller Parteischranken war eine Verständigung zwischen den demokratischen Parteien Offenburgs in Sachfragen immer möglich. Die Berufung auf die spezifische Verantwortung des demokratischen Vermächtnisses von 1848 verwies dabei auf eine Grundstimmung, die zweifellos die Weimarer Jahre geprägt hat. Es gehört daher zur Tragik Offenburgs, daß diese Jahre zugleich in ganz Europa eine Zeitspanne umrissen, in der die Demokratie vielen als etwas Überlebtes erschien. Nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges mit seinen einschneidenden Folgen waren die Auswirkungen dieser Entwicklung in Deutschland besonders stark zu spüren. Der wachsende Extremismus von rechts und links wollte von der Demokratie nichts wissen, die nationalsozialistische „Bewegung“ wurde schließlich zum Totengräber der Republik. Es wäre unhistorisch und geradezu vermessen anzunehmen, daß Offenburg sich jenseits dieser Gesamtentwicklung hätte entwickeln können. Das Spezifische des Totalitären, das die „Machtergreifung“ 1933 bedeutete, brachte es mit sich, daß sich kein Offenburger mehr den politischen Herausforderungen zu entziehen vermochte. Unabhängig davon, daß es auch in Offenburg brutale Nationalsozialisten gab, die von ihrer politischen Bosheit und Arroganz zwölf Jahre lang profitierten, waren davon auch diejenigen betroffen, die sich nicht politisch bestätigten und nur abseits standen. Fast könnte man sagen, dass es in letzter Konsequenz für die meisten Offenburger die „unfreiwillige Komplizenschaft mit dem Verbrecherischen, das Schuldigerwerden von Unschuldigen“¹⁶ zur Folge hatte.

Zweifellos machten es sich diejenigen nach dem Zweiten Weltkrieg zu einfach, die „Südbaden als Opfer des Nationalsozialismus“ ansahen und die die örtlichen Parteiführer und

Anhänger „alle zu Norddeutschen zu machen“ versuchten.¹⁷ Offenburg blieb wie allen Städten in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ weniger Gelegenheit als jemals zuvor oder danach, eine eigene und individuelle Geschichte zu entwickeln. Insofern ist das öffentliche Leben Offenburgs in dieser Zeit wenig mehr als eine Miniatur dessen, was sich auf Landes- und Reichsebene vollzog, bisweilen etwas pointierter – etwa in der Zeit der französischen Besetzung –, bisweilen etwas banaler – wie in den Wochen der „Machtergreifung“ – und bisweilen etwas einnehmender – wie in der Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Kräften, denen es offensichtlich gelang, ihre Überzeugungen auch über die zwölf Jahre der totalitären Diktatur hinwegzuretten. Insofern ist zumindest der Ausblick positiver, als die Offenburger Geschichte in dem von uns betrachteten Zeitraum erwarten ließ. Denn es waren zumeist Demokraten, die nach Kriegsende in Offenburg 1945 dort anzuknüpfen versuchten, wo spätestens 1933 der Weg ins Unglück begonnen hatte. Daß dies nicht immer reibungslos gelang und der Übergang zur Demokratie nach 1945 steinig war, kann an dieser Stelle nur erwähnt werden. Dennoch kann festgehalten werden, daß die freiheitlichen badischen – und Offenburger – Traditionen letztendlich doch eine Möglichkeit boten, um ihren Teil zum Gelingen eines neuen demokratischen Experiments in der Bundesrepublik beizutragen.

Anmerkungen

- 1 Klaus Eisele/Joachim Scholtzsek (Hrsg.), Offenburg 1919–1949. Zwischen Demokratie und Diktatur, Konstanz 2004. Auf Einzelnachweise wird im folgenden in der Regel verzichtet. Sie finden sich in Verbindung mit der relevanten Literatur im Anmerkungsapparat der einzelnen Beiträge.
- 2 Joachim Scholtzsek, Offenburg in den Jahren der Weimarer Republik, in: Offenburg 1919–1949, S. 21–102.
- 3 Dorothee Hermanni, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Offenburg 1919 bis 1933, in: Offenburg 1919–1949, S. 103–134.
- 4 Katja Schrecke, Städtische Kultur und Kulturpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, in: Offenburg 1919–1949, S. 135–173.
- 5 Klaus Eisele, Die politische Entwicklung Offenburgs im Spiegel der Parlamentswahlen 1919

- bis 1932, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 207–237, hier S. 233.
- 6 Michael Kißener, Staatsmacht und Bürger, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 175–206.
 - 7 Joachim Scholtyseck, Offenburg in den Jahren des „Dritten Reiches“, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 239–321.
 - 8 Oskar Wiegert (Hrsg.), Zehn Jahre NSDAP Ortsgruppe Offenburg. Festbuch zur 10jährigen Gründungsfeier am 17. und 18. März 1934, Stadtarchiv Offenburg, Bestand 13/402.
 - 9 Die Vorgänge prägnant zusammenfassend Henry A. Turner, *Hitlers Weg zur Macht*. Der Januar 1933, München 1996.
 - 10 Ausgabe vom 4. Februar 1933.
 - 11 Frank Gausmann, Die wirtschaftliche Entwicklung Offenburgs im Dritten Reich, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 323–358
 - 12 Ludger Syré, Von der Machtergreifung bis zum Kriegsende, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 359–413.
 - 13 Manfred Mayer/Frank Gausmann, Religiöse Gemeinschaften in Offenburg 1933 bis 1945, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 415–461.
 - 14 Angela Borgstedt, Nachkriegsalltag in Offenburg 1945 bis 1948/49, in: *Offenburg 1919–1949*, S. 463–498.
 - 15 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 905.
 - 16 Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1995, S. 714.
 - 17 Thomas Schnabel, *Südbaden im Dritten Reich*, in: *Der Oberrhein in Geschichte und Gegenwart*, Freiburg 1986, S. 179–200, hier S. 196.

Anschrift des Autors:
 Prof. Dr. Joachim Scholtyseck
 Historisches Seminar
 der Universität Bonn
 Konviktstraße 11
 53113 Bonn